

**Zeitschrift:** Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie  
= Swiss journal of sociology

**Herausgeber:** Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

**Band:** 6 (1980)

**Heft:** 3

**Artikel:** Umweltpolitisches Bewusstsein und Partizipation

**Autor:** Giger, Andreas

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-814476>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 26.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## UMWELTPOLITISCHES BEWUSSTSEIN UND PARTIZIPATION

*Andreas Giger*

Postfach 209, 8201 Schaffhausen, Schweiz.

### 1. POLITISCHES BEWUSSTSEIN UND PARTIZIPATION

Vier Jahrzehnte Partizipationsforschung haben bei einer kritischen Beleuchtung der Ergebnisse erstaunlich wenig beigetragen zur Beantwortung der Frage: "Warum (oder auch: wann, unter welchen Voraussetzungen) werden Menschen politisch aktiv, engagieren sich Bürger für bestimmte politische Ziele oder Richtungen?" Wohl existieren eine ganze Menge Erklärungsansätze: Klassen- oder Schichtungsmodelle stehen neben psychologischen oder gar psycho-pathologischen "Theorien" (wobei die Anführungszeichen nicht dick genug ausfallen können); tautologische Ansätze wie etwa jener der "party-identification" kommen ebenso vor wie sehr abstrakte makrosoziologische Modelle.

Immerhin scheint sich in dieser nicht sehr befriedigenden Situation die Einsicht durchzusetzen, dass monokausale Theorien der politischen Partizipation in den Abfalleimer der Wissenschaftsgeschichte gehören. Zur Erklärung der Partizipationsstrukturen und -prozesse in einem bestimmten politischen System gehören – um nur eine unvollständige Liste von Stichworten zu liefern – die Analyse der Strukturen dieses Systems selbst, der Elemente der herrschenden politischen Kultur, die partizipations-fördernd oder -hemmend sein kann; die Bestandesaufnahme des gesellschaftlichen Kommunikationssystems und der darin überhaupt zur Behandlung gelangenden (oder totgeschwiegenen) politischen Themen; die Analyse der gesellschaftlichen, geografischen oder strukturellen Schichtung; der Einbezug der bestehenden politischen Institutionen, Organisationen und Interessenvertreter; die Untersuchung der vorhandenen individuellen und kollektiven Ressourcen, die als Voraussetzung für partizipatorische Leistungen erforderlich sind – und anderes mehr.

Bei der Suche nach integrativen Modellen wird man nicht dem Fehler verfallen dürfen, diejenigen, um die es eigentlich geht, also die einzelnen Bürger oder Bürgergruppen, einfach aus dem Blickfeld zu verlieren. Letztlich entscheidet sich ja im Kopf des einzelnen Bürgers, ob er politisch aktiv werden soll und wenn ja, in welcher Richtung. Partizipationsforschung kann also der mikrosoziologischen und sozialpsychologischen Komponente nicht entbehren. Diese Komponente auszuschliessen wäre ebenso falsch wie ihr einen Ausschliesslichkeitsanspruch zuschanzen zu wollen.

Bevor allerdings der Partizipationsforschungs-Ansatz beim gesellschaftlichen Individuum eine Flut neuer Erkenntnisse in den Erkenntnisstrom einleiten kann, sind einige ernsthafte Hindernisse zu überwinden. Nicht das geringste unter diesen ist simple Naivität. Gemeint ist damit vor allem der naive Glaube, mit einigen einfachen Fragen in einem Fragebogen "Einstellungen" erfassen und damit ein hochkom-

plexes Verhalten erklären oder prognostizieren zu können. Wenige Sozialwissenschaftler, vor allem auch nicht der Verfasser, können sich von dieser lässlichen Sünde zur Gänze freisprechen, doch wäre es auch hier an der Zeit, aus gemachten Fehlern zu lernen.

Nötig wäre dies dringend, um auf einem als richtig erkannten Pfad weiterzukommen. Niemand wird ja bestreiten – und damit kommen wir endlich zum eigentlichen Thema – dass Inhalte des Bewusstseins wie Einstellungen, Bedürfnisse, Werte, Ziele, Gefühle, Glaubenselemente, Meinungen usw. eine wichtige Rolle bei der individuellen Entscheidung pro oder contra politische Partizipationsleistungen spielen. Auszuräumen ist mit zwei Trugschlüssen : Zum einen ist politisches Bewusstsein nicht so einfach gebaut, wie es in einer schönen Fragebogen-Konstruktion aussehen mag. Bewusstsein ist ein komplex strukturiertes Ganzes, aufgebaut wohl aus einzelnen Elementen, aber nicht zu verwechseln mit diesen Einzelementen, wie es in der sogenannten Einstellungsforschung noch allzu häufig geschieht. Zum anderen funktioniert die Umsetzung von Bewusstsein in Handeln nicht so einfach wie ein Schalterdruck zur Lichterzeugung. Politische Partizipation ist eine erkläruungsbedürftige Form menschlichen Handelns, und es wäre naiv anzunehmen, diese Erklärung sei mit einigen statistischen Zusammenhängen zwischen einzelnen Einstellungen und dem Verhalten bereits hinreichend geleistet.

Diesen beiden Themen sind die folgenden Ausführungen gewidmet : Zum einen geht es um die interne Struktur von politischem Bewusstsein, zum andern um die Konsequenzen für das uns interessierende Verhalten, also für politische Partizipation. Das Ganze ist nicht mehr als eine Skizze voll Hypothesen, und das empirische Material hat eher den Charakter von Indizien als von Beweisen.

## 2. WAS IST UMWELTPOLITISCHES BEWUSSTSEIN ?

Wenn heutzutage ein gewitzter Parteistrategie ein Bild seiner Partei malen möchte, das möglichst viele Wähler für sie an die Urnen locken soll, dann wird er mit Garantie ein paar kräftige Tupfer Grün mit auftragen. Mit dem Wort “Umweltschutz” wird er nicht sparsam umgehen, wie ein Blick in ausnahmslos alle Parteiprogramme unschwer zeigt. Die naive Theorie dahinter geht also offenbar davon aus, mit dem Versprechen, sich für Umweltschutz einzusetzen, liessen sich Bürger mobilisieren, dazu bringen, an Entscheidungen (im gewünschten Sinne natürlich) zu partizipieren.

Diese naive Theorie enthält drei Hauptelemente :

- Die Annahme, eine schöne, gesunde Umwelt sei für viele Bürger ein wichtiges, erstrebenswertes Ziel.
- Die Vermutung, viele Bürger seien der Ansicht, dieses Ziel sei nicht in gebührendem Masse erreicht, es gebe also Probleme.
- Die Ansicht, der Bürger sei überzeugt, wenn nur die richtigen Politiker die Sache an die Hand nähmen, geschehe etwas – weshalb er dafür sorgen werde, dass die richtigen Politiker gewählt werden.

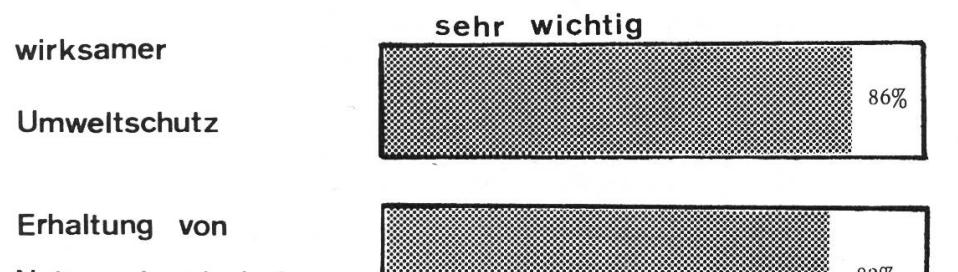
Nun ist diese Theorie wahrscheinlich nicht nur im Lichte der Attribuierungs-

theorie als naiv zu bezeichnen, sondern auch im umgangssprachlichen Sinne. Umweltschutz ist nämlich alles andere als ein klar definierbares politischen Ziel, anders etwa als "starke Armee" wozu man zwar unterschiedlicher Meinung sein kann, kaum aber im unklaren darüber, was gemeint ist. Nicht so im Falle Umweltschutz: Für die einen handelt es sich hier um ein technokratisches Problem: Mehr Kläranlagen, ein zweiter Betonring um den Atomreaktor, eine schön begrünte Schallschutzwand an der Autobahn sind für die einen bereits der Inbegriff von Umwelt-Politik, während die anderen die Wasserverschmutzung an der Quelle anpacken wollen, Atomreaktoren schon gar nicht mehr zulassen und Autobahnen nicht mehr bauen wollen. Für die einen geht es allenfalls um Budgetanteile, für die anderen um die Grundlage: Der Fortschrittsbegriff wird angezweifelt, grüne Politik wird zur Weltanschauung, Umwelterhaltung (auch in der Terminologie beginnen sich die Geister zu scheiden) zum alles entscheidenden politischen Postulat.

Ein technokratischer Umweltschützer wird also Mühe haben, die Virulenz einer grünen Bewegung zu begreifen. Bei dieser Bewegung handelt es sich aber um eine der auch für den politischen Forscher interessantesten Erscheinungen der letzten Jahre – Grund genug, dieses Thema exemplarisch zu behandeln.

### 3. UMWELTPOLITISCHES BEWUSSTSEIN BEI DER GESAMTBEVÖLKERUNG

Das Thema Umweltschutz fehlt seit vielen Jahren nicht nur in keinem Partei- programm, sondern auch in keiner Umfrage über die politischen Ziele der Bevölkerung. Über die Bedeutung dieses Postulats in einem sehr generellen Sinne für die Bevölkerung sind wir also informiert. Eindeutiges Ergebnis: Zusammen mit den wirtschaftspolitischen Postulaten "Arbeitsplatzsicherung" und "Inflationsbekämpfung" liegt der Umweltschutz immer an der Spitze der Liste der politischen Wünsche. Ab-



Kanton Schaffhausen, 1973



Schweiz, 1979

Abbildung 1. Bedeutung Umweltschutz.

bildung 1 zeigt nur zwei kleine Beispiele, nämlich ein kantonales Beispiel von 1973 und ein gesamtschweizerischen Beispiel von 1979. Wie vor sechs oder sieben Jahren steht auch heute eine grosse Bevölkerungsmehrheit hinter diesem Postulat und bezeichnet es als wichtig oder vordringlich.

Damit bewahrheitet sich die erste Hypothese der naiven Theorie. Umweltschutz scheint in der Tat fast für die gesamte Bevölkerung von sehr grosser Wichtigkeit und Bedeutung zu sein.

Nicht mehr ganz so eindeutig ist die zweite Hypothese erfüllt: Nur etwa für die Hälfte der Bürger ist der Zustand der Umwelt ein echtes Problem. Dies ist aus einer Zeitreihenanalyse zu entnehmen, die das Institut "Scope" im Rahmen des "Psychologischen Klimas der Schweiz" erhoben hat (Abbildung 2). Die neusten Zahlen: 46 % bezeichnen den Zustand der Umwelt bei uns als untragbar, darunter 17 % als "absolut untragbar". Jeder dritte findet den Zustand der Umwelt tragbar, der Rest ist unentschieden.

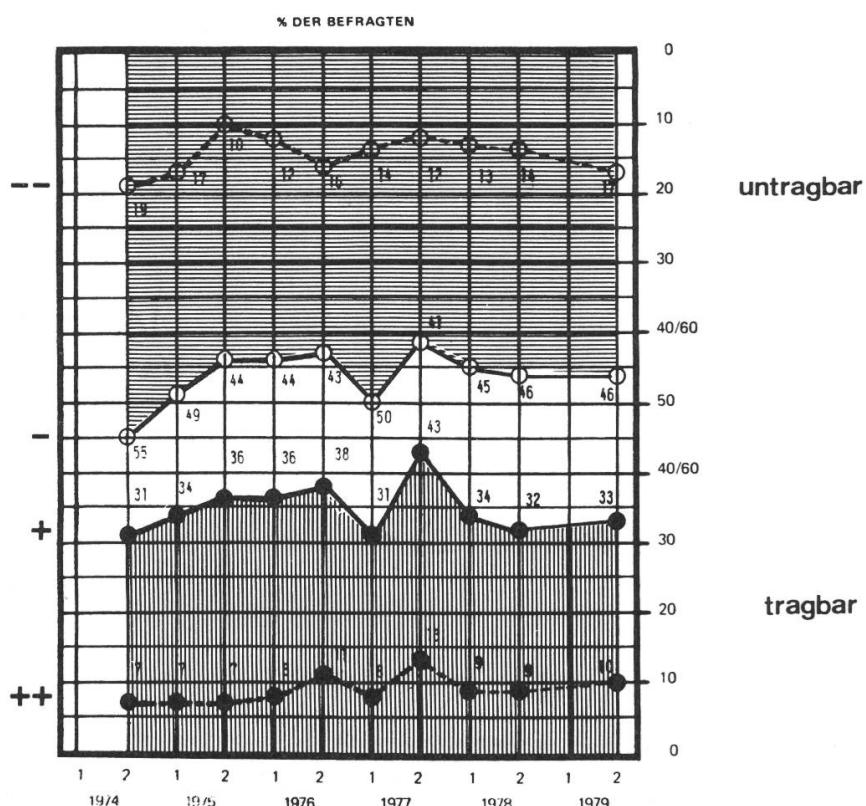


Abbildung 2. Zustand der Umwelt.

Interessant im übrigen die eigentliche Längsschnittstudie: Sie zeigt, dass in etwa parallel zum Konjunkturverlauf sich auch die Meinung über den Zustand der Umwelt ändert: Bei guter Konjunktur beklagen sich die Bürger eher über den Zustand, bei schlechter rücken andere Sorgen etwas in den Vordergrund und verdrängen die Besorgnis um die Umwelt teilweise. Der starke Knick Ende 76 dürfte auf die Seveso-Katastrophe zurückführen sein. Schade übrigens, dass solche Zeitreihenanalysen nur auf kommerzieller Basis möglich sind, so dass allenfalls mal ein kleiner,

wohlwollend gespendeter Datenhappen für die wissenschaftliche Forschung abfällt !

Fazit : Auch die zweite Vermutung der naiven Hypothesen ist zumindest in weiten Teilen erfüllt : Ein Gutteil der Bürger betrachtet den Zustand der Umwelt als ernsthaftes Problem.

Am schwierigsten ist die dritte Hypothese zu überprüfen, nämlich die "Attribuierung" des Problems Umweltschutz : Wer ist dafür verantwortlich und zuständig ? Auf wen kommt es an ? Handelt es sich dabei überhaupt um ein politisches Problem ? Für diese Fragen, die ja entscheidend wären, um beurteilen zu können, ob Umwelt-Postulate überhaupt eine politisch aktivierende Wirkung haben können, gibt es leider keine Daten für die Gesamtbevölkerung.

#### 4. HABEN UMWELT-POSTULATE KONSEQUENZEN FÜR DAS POLITISCHE VERHALTEN ?

Bringt das Thema "Umweltschutz" oder "Umwelterhaltung" die Bürger dazu, ihre Rechte wahrzunehmen und sich aktiv in den politischen Entscheidungsprozess einzuschalten ? Eine einfache Zahl könnte dies nahelegen : In den vier eidgenössischen Abstimmungen seit 1977 mit umweltpolitischen Themen ("Albatros", Demokratie im Nationalstrassenbau, Burgdorfer-Initiative, Atomschutz-Initiative) betrug die durchschnittliche Stimmabstimmung 50%, in den übrigen nur 40%. Daraus aber Schlüsse ableiten zu wollen, wäre eindeutig verfrüht, denn der Multipack-Effekt kann nicht kontrolliert werden, ist aber in einigen Fällen wahrscheinlich. Immerhin könnte hier die Abstimmungsanalyse auch auf kantonaler und kommunaler Ebene wertvolle Ergebnisse zeitigen.

Partizipation besteht nicht nur in Urnengängen, sondern auch in direkter Aktion. Auf diesem Gebiet ist die mobilisierende Wirkung der Umweltproblematik nicht zu übersehen : Ein grosser Teil der neuen Bürgeraktivitäten der siebziger Jahre, in Bürgerinitiativen, Demonstrationen usw. dürfte, ohne den Ergebnissen der Zürcher Kollegen vorgreifen zu wollen, den Umweltbereich zum Inhalt gehabt haben und noch haben. Erinnert sei nur an die AKW-Bewegung oder an die vielen Stadtteil-Bürgergruppen, aber auch an vielfältige Initiativen etwa gegen Strassenbauprojekte.

Es kann also kein Zweifel daran bestehen : Die Umweltproblematik hat in vielen Köpfen eine derartige Virulenz erreicht, dass sie zum Auslöser für partizipatorische Leistungen wurde. Die Bedeutung dieses Phänomens kann in der Diskussion um schweizerische Partizipationsstrukturen und -prozesse nicht hoch genug veranschlagt werden.

Allerdings : Bei allem Wohlwollen für diese neuen Formen der Bürgerpartizipation kann nicht übersehen werden, dass die Zahl der aktiv Handelnden recht klein ist. Auf jeden Fall steht sie in keinem Verhältnis zur Zahl jener, die sagen, Umweltschutz sei ein sehr wichtiges (politisches ?) Postulat.

Ergebnis dieser ersten hypothetischen Überlegungen : Eine direkte Umsetzung von umweltpolitischem Bewusstsein in politisches Handeln in Form aktiver Partizipation kann in manchen Fällen mit gutem Grund vermutet werden, doch steht diese

Wirkung in keinem Verhältnis zum Gewicht, das der Umwelterhaltung von der Bevölkerung in Meinungsumfragen zugemessen wird.

## 5. DELEGIERTE PARTIZIPATION : GROSSE REPRÄSENTATIONS-DEFIZITE DER PARTEIEN

In jedem parlamentarischen System, auch wenn es so viele direkt-demokratische Züge gibt wie im schweizerischen, gibt es nicht nur direkte Partizipation des einzelnen Bürgers. Zu beobachten ist vielmehr immer auch ein Phänomen, das etwa als "delegierte Partizipation" bezeichnet werden könnte: Der Bürger lehnt einer Organisation oder Institution Vertrauen und Unterstützung, damit diese ihrerseits in der gewünschten Richtung in den politischen Entscheidungsprozess eingreifen kann.

Der einzelne Bürger partizipiert also nicht mehr direkt, sondern überträgt – "delegiert" – diese Aufgabe an spezialisierte gesellschaftliche Institutionen.

Die naheliegendste Delegationsinstanz für eine politische Aufgabe wären die Parteien. Gemäss dem Selbstbild der Parteien nehmen diese die politischen Ziele ihrer Anhänger auf, repräsentieren sie und bringen sie in den politischen Entscheidungsprozess ein.

Die Studie zu den Nationalratswahlen 1979 der Zürcher Sozialpsychologen erlaubt es, die Funktionstüchtigkeit dieser zentralen Funktion des Parteiensystems zumindest für die drei grossen Parteien (FDP, CVP und SP) zu prüfen. Zum einen wurde wie üblich gefragt "Welche dieser Probleme sollten die Politiker in den nächsten vier Jahren vordringlich behandeln?". Zum anderen wurden die Anhänger der Parteien gefragt: "Was davon macht Ihre Partei gut, was finden Sie bei dieser Partei gut?"

Die Ergebnisse in Abbildung 3 sind höchst aufschlussreich: Bei den elf hier in der Kategorie "übrige Postulate" zusammengefassten Zielen außerhalb des Umweltbereichs ergaben sich nur geringfügige Repräsentations-Defizite, und zwar bei allen drei Parteien: Hier stimmen Erwartungen und Erfüllungen durch die Partei weitgehend zusammen.

Ganz anders im Umweltbereich: Während – anders als bei vielen anderen Postulaten – sich die Anhänger der drei grossen Parteien in der Gewichtung des Ziels weitgehend einig sind, finden andererseits auch alle drei Lager, die eigene Partei kümmere sich nicht genügend darum. Der schraffierte Bereich des Repräsentations-Defizits ist bei allen drei Parteien beträchtlich, wenn auch bei den Sozialdemokraten deutlich kleiner als bei den Freisinnigen.

Nach vielen sozialpsychologischen Konsistenz-Theorien müsste hier eigentlich ein Druck zur Umorientierung entstehen. Dass dieser Druck in Richtung Übereinstimmung zwischen eigenem Ziel- und Wertesystem und jenem der Partei tatsächlich wirksam wird, zeigt sich bei den "übrigen Postulaten", nicht aber im Umweltbereich. Ein Freisinniger wird also nicht die Partei wechseln, auch wenn er meint, eigentlich seien die Umweltpostulate bei den Sozialdemokraten besser aufgehoben; und auch die Hinwendung zu einer grünen Partei, "bloss" weil man den Umweltschutz für wichtig hält, ist nur selten anzutreffen.

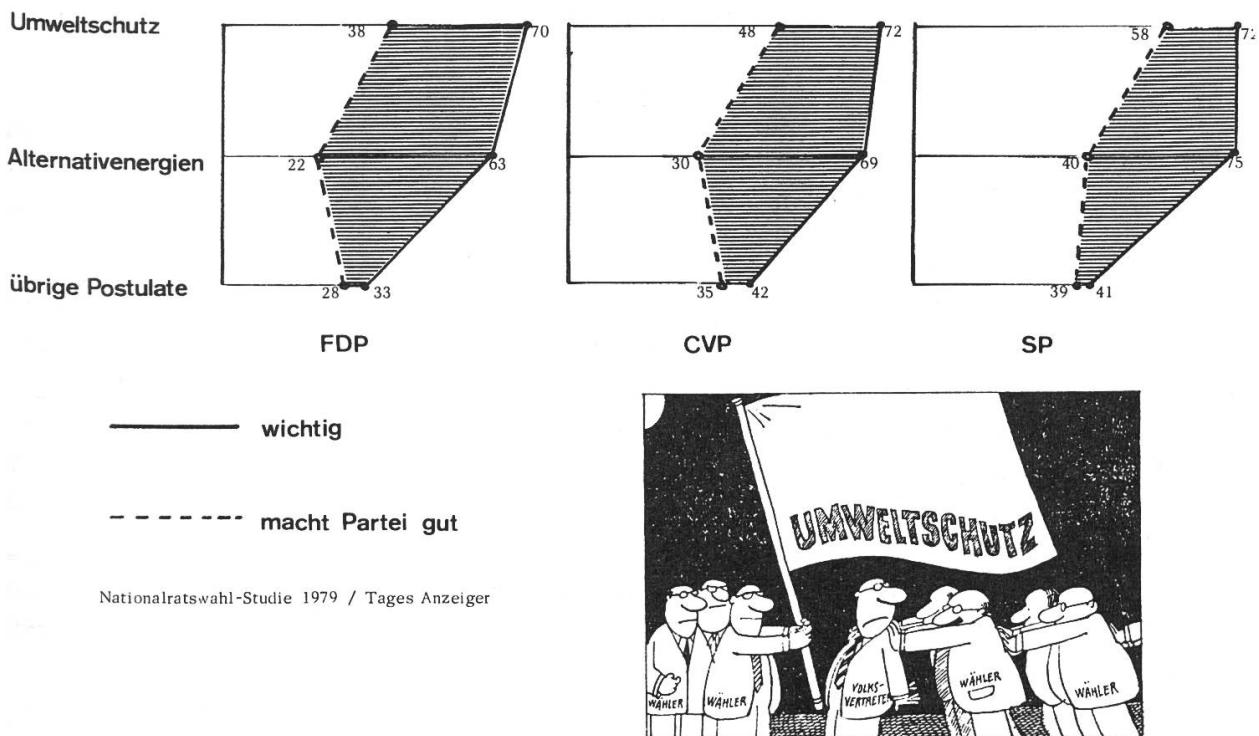


Abbildung 3. Repräsentations-Defizite.

Zwei Ergebnisse sind hier wichtig :

- Im Bereich der Umweltpolitik erfüllen die Parteien die Erwartungen ihrer Anhänger nur unzureichend. Nicos Karikatur im Tages Anzeiger zeigt diesen Sachverhalt schöner als viele Worte.
- Dieses Repräsentations-Defizit hat aber, zumindest vorläufig, für die die Ausbildung von Parteipräferenzen wenig bis gar keine Bedeutung.

## 6. DELEGATION AN SPEZIALISIERTE ORGANISATIONEN

Da die Parteien die Funktion einer Repräsentation umweltpolitischer Ziele der Bürger offensichtlich nur unzureichend erfüllen, liegt es nahe, dass spezialisierte Organisationen in diese Marktlücke springen. In der Tat sind in den letzten Jahren neben den spontanen und oft nicht stark institutionalisierten Bürgergruppen auch eine ganze Reihe von stärker professionell organisierten Institutionen im Umweltbereich entstanden. Stellvertretend seien die Schweizerische Energie-Stiftung, der Verkehrsclub Schweiz oder die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz genannt. All diese Organisationen erfüllen offenbar ein Bedürfnis, nämlich die Ziele ihrer Mitglieder und Anhänger im Umweltbereich in den gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozess einzubringen und damit gleichsam Stellvertretungs-Partizipation zu üben.

Einen Sonderfall unter diesen Umwelt-Organisationen bildet zweifellos der WWF, der schweizerische Ableger des World Wildlife Fund International. Die schwei-

zerische Unterorganisation wurde Anfangs sechziger Jahre zusammen mit der internationalen Stiftung als Verein gegründet und zählte zehn Jahre später etwa 25 000 Mitglieder. 1971 wurde der Verein ebenfalls in eine Stiftung umgewandelt. Heute zählt der WWF über 100 000 Mitglieder mit nach wie vor steigender Tendenz. Die Organisation deckt also offenkundig ein Bedürfnis ab. Worauf ist dies zurückzuführen?

Zum einen ist der klassische Aufgabenbereich des WWF, nämlich sich weltweit für die Rettung bedrohter Tierarten einzusetzen, sicher attraktiv. Andererseits ist nicht zu übersehen, dass sich der WWF in den letzten Jahren, parallel zu seinem Aufstieg zur mitgliederstärksten Umweltorganisation der Schweiz, stets verstärkt auch in die eigentliche Umwelt-Politik eingeschaltet hat. Zu jedem Thema auf der politischen Ebene, sei es eidgenössisch oder regional, lässt sich der WWF heute vernehmen, wenn die Umweltpolitik tangiert wird. Dazu zählen zum Beispiel auch verkehrspolitische Fragen oder der ganze Energie-Sektor. So hat sich der WWF vehement für eine Annahme der Atomschutz-Initiative eingesetzt.

Damit wird der WWF für unser Thema interessant. Er betreibt als Organisation genau das, was als delegierte Partizipation im Umweltbereich bezeichnet wurde. Dies macht seine Mitglieder für unsere Fragestellung interessant: Wir können einerseits davon ausgehen, dass der Umweltschutz als politische Zielsetzung bei den meisten Mitgliedern gegeben ist und somit die Struktur des umweltpolitischen Bewusstseins näher unter die Lupe nehmen. Zum zweiten lässt sich an dieser speziellen Gruppe von Bürgern auch ideal sehen, wie weit sich umweltpolitisches Bewusstsein tatsächlich in Partizipation umsetzt, sei es direkt oder indirekt.

Eine entsprechende Mitgliederbefragung, die Gelegenheit bot, sich unter anderem mit solchen Fragestellungen auseinanderzusetzen, konnte Ende 1979 durchgeführt werden. Unter den jugendlichen und erwachsenen Mitgliedern wurde eine repräsentative Zufallsstichprobe von 1 000 Personen gezogen. Die Befragung fand postalisch statt. Obwohl der Fragebogen einen beträchtlichen Umfang aufwies, und obwohl keine zusätzliche Motivation in Form eines Geschenkes o.ä. vermittelt wurde, erreichte die Rücklaufquote 70% und bewies damit erneut, dass bei einer motivierten Zielgruppe die schriftliche Befragung ein attraktives methodisches Instrumentarium anbietet.

## 7. SCHLÜSSELBEGRIFF BETROFFENHEIT

Die Mitglieder des WWF zu fragen, ob für sie der Schutz der Umwelt ein wichtiges Ziel sei, wäre so banal gewesen, dass auf diese Frage verzichtet werden konnte. Andererseits wäre es auch naiv anzunehmen, alle Mitglieder einer Umwelt-Organisation wie des WWF würden dieses Ziel genau gleich hoch gewichten. Es kann aber angenommen werden, dass hier ein entscheidendes Phänomen vorliegt. Die Zustimmung breiter Bevölkerungskreise zu einem Item "Umweltschutz" bedeutet ja erst, dass darüber ein breiter Konsens existiert. Wie weit ein solches Ziel aber auch verhaltensrelevant ist – und das heißt vor allem – wie weit es sich im Konflikt mit

anderen Zielen und Bedürfnissen durchzusetzen vermag, wird mit dieser Messung von Konsens nicht erfasst.

Ideal wäre konsequenterweise ein Mess-Instrument, dass die Gewichtung einzelner Ziele und Bedürfnisse in Konfliktsituationen erfasst. Da ein solches Instrument aber nicht zur Verfügung steht und auch den Rahmen einer beschränkten Befragung wohl gesprengt hätte, mussten wir uns mit einer Näherung begnügen. Diese fand sich in einer adaptierten Version einer Skala, über die Kley und Fietkau berichten ("Psychologie und Praxis", 1/1979, Seiten 13-22). Die Skala misst das, was als "Betroffenheit durch die Umweltprobleme" bezeichnet werden könnte: Mit Begrif-

Tabelle 4. Betroffenheit durch Umweltprobleme.

Items und Antwortverteilungen	trifft voll zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
– Es schmerzt mich mitanzusehen, wie immer grössere Teile der Landschaft dem Bau von Strassen zum Opfer fallen	76%	20%	4%	1%
– Die Vorstellung, dass der Mensch durch seine Eingriffe in die Natur sogar das Klima dieser Erde verändern könnte, erschreckt mich	57%	31%	10%	2%
– Das "immer mehr haben wollen", vor allem in dem Industrieländer, ist die Hauptursachse für die Umweltzerstörung	52%	36%	11%	2%
– Es beunruhigt mich, dass das Obst und Gemüse, das wir essen, mit so vielen Giftstoffen behandelt worden ist	55%	30%	11%	4%
– Die Konzentration an Staub und Gift in unserer Stadtluft ist weitaus höher als für die Gesundheit zuträglich ist	49%	38%	13%	–
– Ich mache mir ernsthaft Sorgen, wenn ich an die möglichen Folgen radioaktiver Verseuchung durch Kernkraftwerke und Atommüll denke	56%	25%	15%	4%
– Bei der Vorstellung, welche Folgen die Umweltbelastung für unsere Nachkommen haben könnte, befällt mich das kalte Grausen	49%	37%	13%	2%
– Die heute in Lebensmitteln vorhandenen chemischen Substanzen könnten langfristig ernsthafte Auswirkungen haben	44%	43%	12%	1%
– Die Unvernunft der Menschen gegenüber ihrer Umwelt wird Klimaveränderungen grossen Ausmasses zur Folge haben	46%	38%	14%	3%

Bildung einer Skala: für jedes "voll" 2 Punkte, für jedes "eher" 1 Punkt (Max.: 18 Punkte)

*Skala*

0 bis 6 Punkte: sehr klein	9%
7 bis 10 Punkte: klein	21%
11 bis 12 Punkte: mittel	17%
13 bis 14 Punkte: stark	21%
15 bis 18 Punkte: sehr stark	32%

fen wie "Beunruhigung", "Schmerz" oder "Sorgen machen" wird festgestellt, wie weit sich die Betroffenden durch Umweltprobleme auf verschiedenen Ebenen betroffen fühlen. Die Analyse zeigt, dass es sich tatsächlich um ein eindimensionales Phänomen handelt, dass also beispielsweise die Sorge um Gift in der Nahrung nicht zu trennen ist von der Betroffenheit durch Lärm oder die Gefahren der Atomkraftwerke.

Wie Abbildung 4 deutlich zeigt, gibt es auch unter den Mitgliedern des WWF ein differenziertes Betroffenheitsprofil. Es sind durchaus nicht alle Mitglieder im selben Masse durch die Umweltproblematik betroffen, das heisst, die Gewichtung dieses Zielkomplexes ist nicht bei allen Mitgliedern dieselbe. Wir können damit der Frage nachgehen, wie unterschiedliche Gewichtung des Zielkomplexes Umweltschutz mit anderen Bereichen des umweltpolitischen Bewusstseins zusammenhängt und wie sie sich auf das Problem der Partizipation auswirkt.

Abbildung 5 rekapituliert im oberen Teil nochmals die Größenverhältnisse der künftig als unabhängige Variable behandelten Skala "Betroffenheit durch Umwelt-

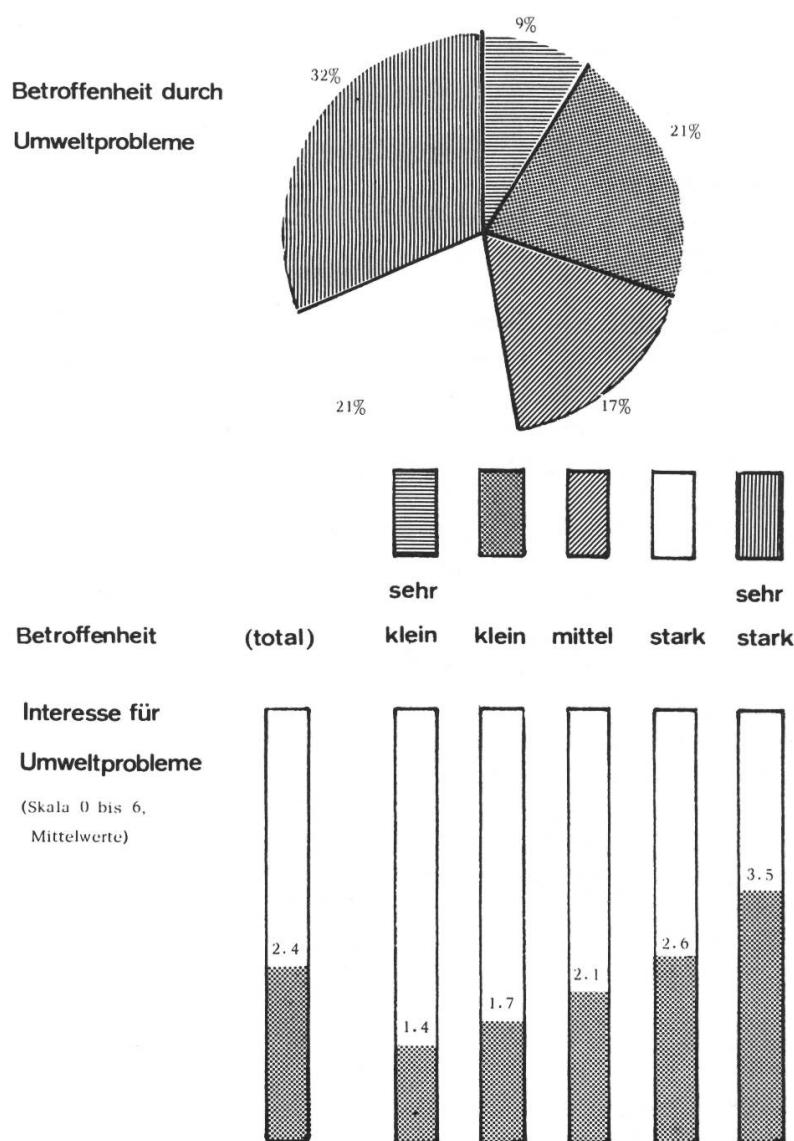


Abbildung 5.

probleme". Im unteren Teil wird ein sicher einleuchtender Zusammenhang sichtbar: Stärkere Betroffenheit geht Hand in Hand mit grösserem Interesse für Umweltfragen. Die Beziehung zwischen Betroffenheit und Interesse dürfte dabei interdependent sein: Erhöhtes Interesse liefert die Voraussetzungen dazu, sich Informationen zu beschaffen, die überhaupt erst Betroffenheit ermöglichen; und Betroffenheit schafft wieder einen erhöhten Informationsbedarf.

Interessant ist die Frage der Attribuierung (Abbildung 6). Klares Ergebnis: Interne und externe Attribuierung, also die Zuweisung der Verantwortung für die Umwelt an das einzelne Individuum bzw. an die Träger der gesellschaftlichen Verantwortung (Politiker, Wirtschaftsführer, Wissenschaftler) schliessen sich nicht aus, sondern ergänzen sich im Gegenteil. Und es gilt: Je stärker jemand sich von den Umweltproblemen betroffen fühlt, desto stärker wiegt für ihn die Verantwortung für diese Probleme, wobei er wie erwähnt die Ursachen für die Umweltprobleme zu gleichen Teilen beim Individuum wie bei den gesellschaftlichen Verantwortungsträgern sieht.

Erste Erkenntnis also, die sicher nicht überrascht, aber am Beispiel sehr schön demonstriert werden kann: Die blosse Zustimmung zu einem als konsensual emp-

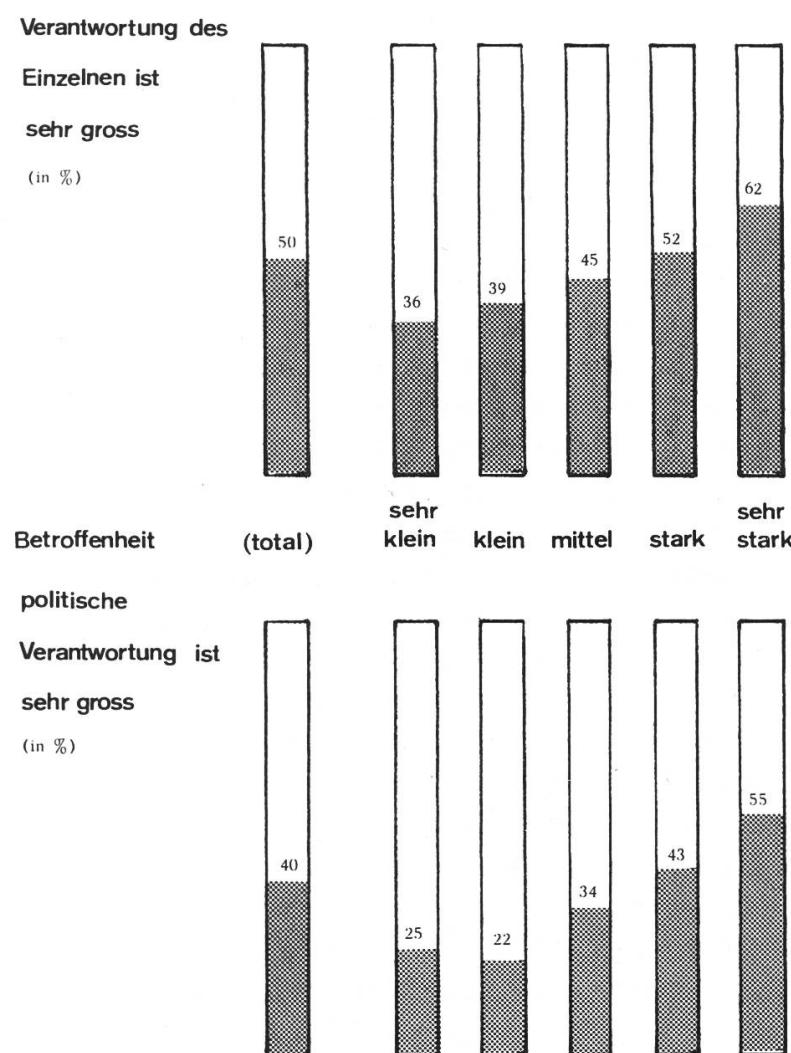


Abbildung 6.

fundenen politischen Ziel verbirgt enorme Unterschiede in der Gewichtung dieses Ziels. Dabei heisst Gewichtung sowohl Betroffenheit als auch Interesse als auch Verantwortungsbewusstsein. All diese Begriffe verweisen auf das Stichwort der Motivation, und in der Tat können wir annehmen, dass die unterschiedliche Gewichtung der Umweltpostulate auch eine entsprechend unterschiedliche Motivationsfunktion zur Folge hat. Bevor darauf näher eingegangen wird, sei aber ein kleiner Abstecher erlaubt.

## 8. SIND UMWELTSCHÜTZER LINKE?

Wir haben umweltpolitisches Bewusstsein bisher isoliert betrachtet, wie dies in den Untersuchungen über die Gewichtung politischer Postulate allzu oft geschieht. Umso gebieterischer stellt sich die Frage, wie weit die unterschiedliche Betroffenheit durch Umweltprobleme, die ja als Indikator für die generelle Gewichtung dieses Postulats zu betrachten ist, tatsächlich unabhängig ist von anderen Zielen und Postulaten, vom – um einen nicht unumstrittenen Begriff zu verwenden – übrigen Wert-System.

Selbstverständlich war es im Rahmen einer begrenzten Mitgliederbefragung nicht möglich, dieser Frage umfassend machzugehen. Immerhin bot sich Gelegenheit, das Ingelhart'sche Konzept der materialistischen bzw. postmaterialistischen Werte zu überprüfen. Das Konzept darf als bekannt vorausgesetzt werden: Die traditionellen "materialistischen" Werte, vor allem starke Sicherheitsbedürfnisse (starke Armee, wirksame Verbrechensbekämpfung, Ruhe und Ordnung) sowie das Bedürfnis nach wirtschaftlichem Wohlergehen (Wirtschafts-Stabilität und -Wachstum, Preisstabilität), die bei der Vorkriegsgeneration dominant waren, werden bei der Nachkriegsgeneration, oder zumindest bei einem Teil derselben, allmählich abgelöst durch neue, "postmaterialistische" Bedürfnisse. Dazu zählen ästhetische Bedürfnisse (Erhaltung von Natur und Landschaft), geistige (Kreativität als oberstes Ziel, Freiraum für Ideen, Meinungs- und Redefreiheit) sowie soziale Bedürfnisse (zwischenmenschliche Kontakte, Mitsprache und Mitbestimmung in Wirtschaft und Politik).

Die Analyse zeigte generell unter der WWF-Mitgliedern einen höheren Anteil "Postmaterialisten" als in der Gesamtbevölkerung. Daraus liess sich schon ableiten, dass möglicherweise eine starke Gewichtung der Umwelt-Ziele eingebettet ist in das postmaterialistische Syndrom. Die Auswertung nach dem Grad der Betroffenheit belegt diese Hypothese in geradezu schlagender Weise (Abbildung 7). Die Umwelt-Postulate müssen und können in der Tat nur verstanden werden als Bestandteil eines generellen Wert- und Zielsyndroms im Sinne des Konzepts der postmaterialistischen Werte. Umweltschutz und die Vertretung eines "klassischen" Wachstums- und Sicherheitsdenkens vertragen sich schlecht – entsprechende "Grüne" von rechts sind also eher eine exotische Ausnahme als die Regel. Dies ist auch ein erster Hinweis auf die Problematik der Konflikte zwischen einzelnen Zielen und Bedürfnissen: Es gibt offenbar Umweltschützer, die dieses Postulat im Konfliktfall über die traditionellen ökonomischen Ziele setzen: Ökologie vor Ökonomie.

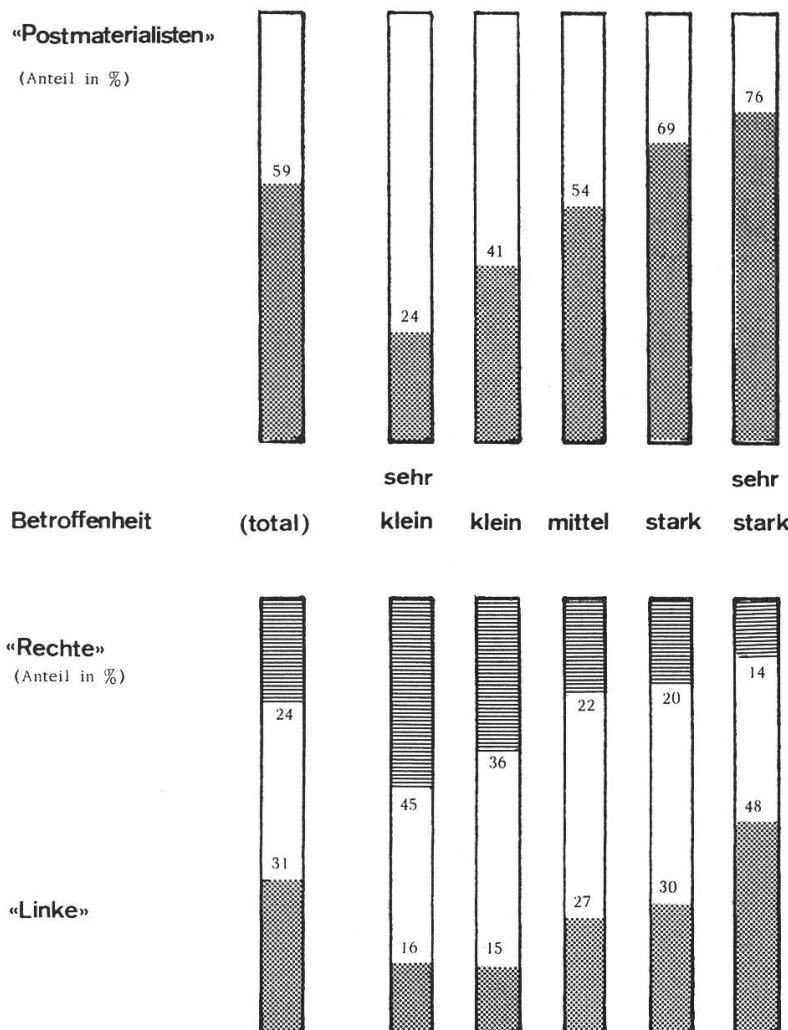


Abbildung 7.

Der zweite Teil der Abbildung 7 zeigt, nicht mehr gleich deutlich, aber doch signifikant, dass die "stratification line" der grünen Politik bereits eine Entsprechung in den Parteipräferenzen findet. Die Scheidung in "grün" und "nicht-grün" verläuft zu einem schönen Teil parallel zur Trennungslinie zwischen den Anhängern der linken und der rechten Parteien. Zu "links" zählen natürlich die Anhänger der SP, von POCH, PdA und RML, aber auch jene des Landesrings und einer "grünen" Partei, zu rechts die bürgerlichen Parteien FDP, CVP und SVP sowie EVP und Liberale, aber auch die "neue Rechte" (NA und Rep.). Umweltschutz, je ernsthafter er, eingebettet in ein postmaterialistisches Wertesystem, gefordert wird, gehört also, wenn auch nicht ausschliesslich, so doch mehrheitlich, auf die linke Seite des Parteienspektrums.

## 9. UMWELTBEWUSSTSEIN UND PARTIZIPATION

Ein differenziertes Messinstrument zur Erfassung von politischer Partizipations-Aktivität fand im Rahmen der erwähnten Untersuchung selbstverständlich keinen Platz. Immerhin fanden sich im Rahmen einer Batterie von Items über umweltge-

rechtes Verhalten auch drei Verhaltensweisen, die untereinander eng korrelierten und diesen Aspekt abdecken. Es handelte sich dabei um folgende Items :

- Unterstützung von Politikern, die sich aktiv für den Umweltschutz einsetzen
- Diskussionen mit Bekannten über Umweltprobleme
- Lesen von Büchern oder Artikeln zu Umweltfragen

Die aus diesen Items gebildete Quasi-Skala macht klar (Abbildung 8) : Je stärker die Gewichtung der Umweltpostulate (ausgedrückt durch den Grad an Betroffenheit), desto stärker die Aktivität im politisch-kommunikativen Sinn. Ferner lässt sich nachweisen, dass stärkere Gewichtung der Umweltpostulate auch die Wahrscheinlichkeit erhöht, in Umweltgruppen mitzuwirken, auch wenn eine starke Betroffenheit keineswegs eine automatische Aktivität in Gruppen bewirkt.

Immerhin zeigen die Daten klar : Betroffenheit durch Umweltproblematik ist tatsächlich ein wirksamer Motivator, um aktiv in das gesellschaftlich-politische Kommunikations-System einzutreten. Umweltbewusstsein im Sinne einer prioritären

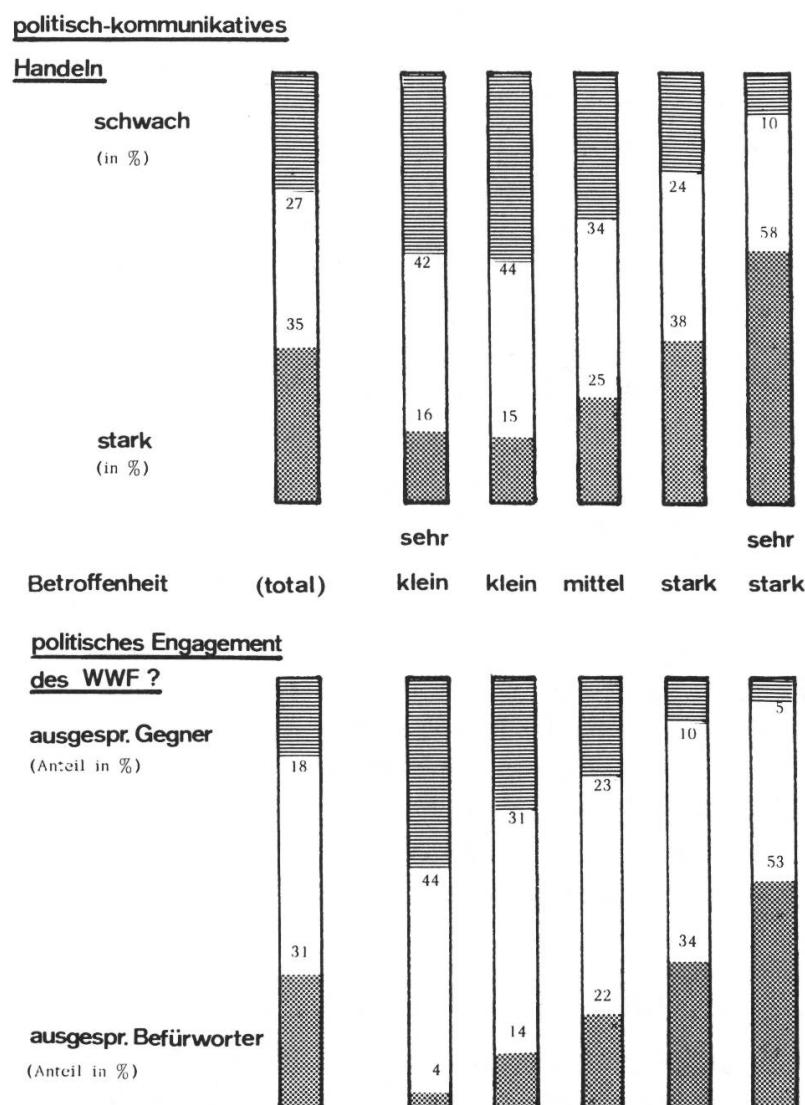


Abbildung 8.

Gewichtung der Umwelt-Postulate hat also eine direkt partizipations-fördernde Wirkung.

Neben der direkten ist auch die indirekte Wirkung unübersehbar: Je stärker die Betroffenheit, je höher also die Gewichtung der Ziele des Umweltschutzes, desto ausgeprägter die Erwartung an den WWF, im Sinne der delegierten Partizipation politisch aktiv zu werden.

Die Frage, wie weit der WWF sich neben seinen "klassischen Funktionen des Artenschutzes" auch der Aufgabe einer politischen Umwelt-Lobby widmen soll, ist innerhalb der Organisation kontrovers. Fragestellungen wie die behandelte, die aus dem Bereich der Grundlagenforschung stammen, können also einer Organisation wesentliche Hinweise zur Gestaltung ihrer "policy" geben – dies als kleine Nebenbemerkung zum Generalthema des Kongresses.

Umweltpolitisches Bewusstsein hat also direkte Konsequenzen in Sachen Partizipation, aber auch indirekte, indem die delegierte Partizipation gefördert wird. Wie sehr dieses Konzept der delegierten Partizipation gerade im Umweltbereich Relevanz aufweist, zeigt die letzte Abbildung (9), die zwei Fragen zu einer allfälligen grünen

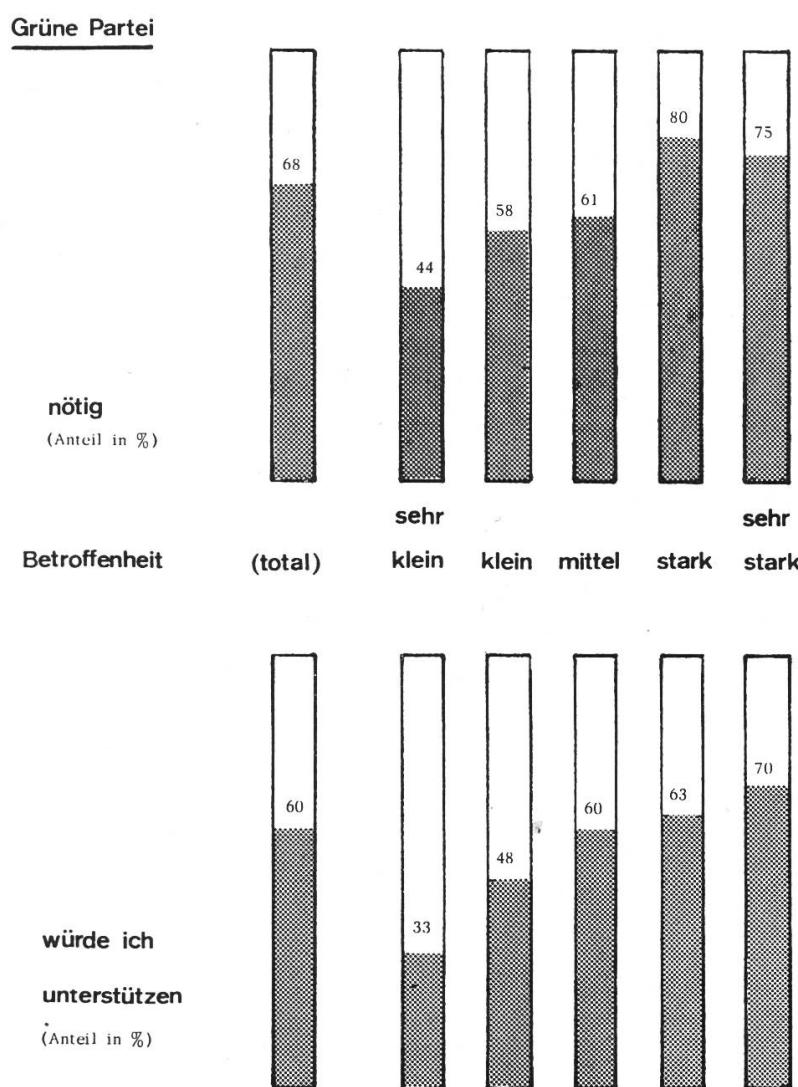


Abbildung 9.

Partei enthält. Generelles Fazit : Das festgestellte Repräsentations-Defizit der Parteien im Umweltbereich hat bei den mehr oder weniger engagierten Umweltschützern, die die Mitgliedschaft des WWF bilden, sehr manifeste Konsequenzen im Sinne der Forderung nach einer grünen Partei: 68% der Mitglieder betrachten eine solche für nötig, 60% würden sie gar unterstützen, durch Wahl oder Beitritt, wobei direkte Partizipationsfolgen in Form eines Parteibeitritts wiederum nur bei kleinen Minderheit (8%) zu erwarten wären.

Wiederum gilt : Starke Betroffenheit bewirkt eine überdurchschnittliche Zustimmung zu einer Institution, die sich in der Politik speziell der grünen Anliegen annehmen würde.

## 10. FOLGERUNGEN

Die wichtigsten Folgerungen aus dieser knappen Skizze lassen sich wie folgt zusammenfassen :

1. Der Ansatz, Inhalte des politischen Bewusstseins bei der Erklärung von Partizipationsprozessen heranzuziehen, hat sich bewährt. Klar wurde allerdings, dass es nicht ausreicht, die Zustimmung zu konsensualen Werten abzufragen. Vielmehr muss eine differenzierte Erfassung des politischen Bewusstseins stattfinden, die neben Fragen der Attribuierung vor allem die Gewichtung der einzelnen Postulate im Sinne eines eigentlichen Problemdrucks erfasst.

2. Die starke Gewichtung politischer Postulate hat eine partizipationsfördernde Wirkung. Allerdings handelt es sich dabei nur um eine notwendige, nicht aber um eine hinreichende Voraussetzung. Andere Konzepte müssen die Analyse von Partizipationsverhalten ergänzen.

3. Zu beachten ist das Konzept der delegierten Partizipation : Bürger mit bestimmten politischen Zielen verzichten oft darauf, diese durch direkte Partizipation in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen, und unterstützen stattdessen spezialisierte gesellschaftliche Organisationen, deren Zweck eben diese Interessenartikulation ist. Partizipation wird also delegiert. Der Umweltbereich zeigt, dass das Versagen traditioneller Organisationen zur politischen Interessenartikulation (Parteien) ein Vakuum schafft, in das sehr schnell neue, spezialisierte Organisationen (WWF und andere Umweltorganisationen, ev. grüne Partei) einströmen.